



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

VIII/191 - 18.8.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Naumann und das Ausland	S. 1
Spannungen USA- England	S. 3
Das Los der Rentner	S. 4

Anhang: Stellungnahme der SPD zur letzten Rußlandnote

Der Goebbels - Jünger

P.R. Werner Naumann, ehemaliger Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, zieht gegenwärtig im Lande umher. Bisher sprach er in geschlossenen Versammlungen, kürzlich zum ersten Mal auf einer öffentlichen Kundgebung. Manche Berichte, vor allem auch soweit es sich um solche ausländischen Korrespondenten handelt, zeigen eine eigentümliche Faszination durch die Person Naumanns. Natürlich wird er politisch abgelehnt, aber es finden sich auch Formulierungen wie die, zum ersten Mal hätte die radikale Rechte in Naumann einen "Chef von Format", an anderer Stelle heißt es, er sei "klüger als Hitler" und was dergleichen versteckte Schmeicheleien mehr sind. Man gibt Schilderungen seiner äußeren Erscheinung und seiner "demagogischen Fähigkeiten", die von einer widerwilligen Anerkennung getragen sind. Oft mag dabei der journalistische Wunsch mitsprechen, von einer Person, um die heute so viel Wesens gemacht wird, auch recht interessant zu berichten und kleine Schauer über die Rücken der Leser zu jagen, die in Deutschland einen neuen Nationalsozialismus hochkommen sehen.

Vielleicht aber wäre es gut, aus diesem Anlaß etwas anderes zu bedenken: Herr Naumann war in der Zeit der Hitler, Goebbels und Göring eine kleine Randfigur mit organisatorischen Fähigkeiten, einer schnellen Auffassungsgabe und einer heißen Liebe im Herzen für seinen Herrn und Meister Goebbels. Wenn heute dieser

Mann auch auf kritische Geister nicht mit dem was er sagt, aber durch die Art, wie er es sagt, und durch die Form seines Auftretens so attraktiv wirkt, dann sollten diese Leute sich einmal überlegen, ob sie und ihre Freunde berechtigt sind, was immer noch geschieht, dem deutschen Volk Vorwürfe deshalb zu machen, weil es zu großen Teilen ungleich größeren Zauberern erlag - zu einer Zeit außerdem, als die für viele so verführerische Fata Morgana eines großmächtigen Deutschen Reiches einer leicht erregbaren Menge vorgegaukelt wurde und der Gegenbeweis noch nicht erbracht war. Heute aber kann der schwache Epigone Neumann zumindestens so etwas wie einen persönlichen Achtungserfolg bei so klugen und kritischen Leuten einheimen, wie es ausländische Journalisten nun einmal sind - ein recht bemerkenswerter Vorgang. Wenn man auf ihn hinweist, wird, quasi zur Entschuldigung, angeführt: Nur ja, damals sei Neumann ein junger Mann gewesen, inzwischen habe er aber zweifellos viel gelernt ...

Was die Herren Neumann oder auch Professor Grimm "gelernt" haben, dafür nur zwei Beispiele: Grimm sprach in Hannover davon, daß Hitler "in seiner traumhaften Sicht" schon früher als andere die dem Abendland drohenden Gefahren erkannt habe und Neumann ertete Beifall als er sagte, ohne das Jahr 1933 wäre Europa heute schon längst bolschewistisch. Als ob nicht jedes Schulkind wüßte, daß es Hitler war, der durch sein polnisches Aufteilungsabkommen mit dem Kroml die bewährte Einrichtung des cordon sanitaire, d.h. der zwischen Mitteleuropa und der Sowjetunion gelegenen Pufferstaaten, zerstörte und die Sowjets erst nach Europa hereinholte. Seine "traumhafte Sicht" verließ ihn dann aber offenbar in der Beurteilung des Erfolges seines Angriffs auf die Sowjetunion. Das Ende kennen wir alle.

Eine andere Bemerkung des Herrn Neumann, als Hitler 1933 gekommen sei, habe es Millionen von Kommunisten gegeben, als er abgetreten sei, habe es aber keine mehr gegeben, liegt auf der gleichen Höhe. Sie ist die klare Rechtfertigung der KZ-Methode, der ja auch die meisten Kommunisten neben anderen Gegnern des Hitlerregimes erlagen - besonders reizvoll im Munde eines Mannes, der sich heute noch notgedrungen zum Grundgesetz bekennt. Als Hitler abtrat, gab es durch seine Schuld nicht nur keine Kommunisten mehr - in Freiheit wohl gemerkt, sonst gab es sie genug - sondern auch kein Deutschland, weil es zerstört, gespalten und mit geschändetem Namen am Boden lag. Diese Kleinigkeit vergaß der kluge Kopf, der "Chef von Format". Wir glauben nicht, daß dieses dumme Neumann-Geschwätz heute noch in Deutschland großen Anklang finden wird. Man soll im Auslande, soweit es mit besonders feinem Ohr das nationalsozialistische Gras wachsen hört, die Drastik der empfangenen Lehren und ihre Wirkung auf das deutsche Volk doch nicht unterschätzen.

Spannung im Westblock akut

- b - Sogar die vorsichtige, streng-konservative Londoner "Times" bezeichnet als einen "split" ("Spaltung") die Verschiedenheit der Einstellung unter den Westmächten zu den Fragen des Fernen Ostens auf der seit Montag (dem 17. August) tagenden Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York. Unverhüllt sind jetzt die krassen Meinungsverschiedenheiten zwischen der USA und Großbritannien hinsichtlich der Teilnahme Indiens und Rußlands an der politischen Konferenz, die den koreanischen Waffenstillstand in einen dauernden Frieden für ganz Ostasien verwandeln soll. Der amtliche Sprecher der amerikanischen Regierung, Cabot Lodge, erklärte, eine Teilnahme Indiens und der Sowjetunion "käme nicht in Frage". Das britische Kabinett aber hat seinen ersten Vertreter in der UNO-Versammlung, Staatsminister Selwyn Lloyd, angewiesen, auf die Teilnahme dieser beiden Großmächte fest und unnachgiebig zu bestehen.

Wer kann so blind sein, von einer Konferenz ohne die Sowjetunion wirklichen Frieden zu erwarten? Wer kann die Stirn haben, Indien, den volkreichsten Staat des Commonwealth, dessen Initiative in der Kriegsgefangenenfrage und dessen geduldige diplomatische Vermittlungsarbeit die Waffenruhe ermöglicht haben, von Gesprächen auszuschließen, deren Thema die Neuordnung und Befriedung des ungeheuren Raumes an der indischen Ostgrenze sein wird? Will man etwa in Washington, daß die Konferenz scheitern soll? Will man gar - da Sowjetrußland als Chinas Verbündeter verpflichtet wäre, dem Reich der Mitte gegen Aggression beizustehen - den dritten Weltbrand entfachen, indem man nach Beendigung der koreanischen Waffenruhe den Krieg nach China hineinträgt?

In England selbst fordert, von der Masse der öffentlichen Meinung unterstützt, die Labour-Opposition die Zurückberufung des Parlaments aus den Sommerferien, um die "Erklärung der sechzehn Nationen" zu debattieren, die für den Fall eines Bruches der Waffenruhe in Korea die Ausdehnung der Feindseligkeiten über die Grenzen Koreas hinaus androht. Die britische Öffentlichkeit ist nicht nur wegen dieser Drohung schwer beunruhigt, die als vollkommen überflüssig und im gegenwärtigen Zeitpunkt geradezu provozierend empfunden wird. Die Führung der Labour Party wirft auch der konservativen Regierung, insbesondere dem

antirenden Premierminister Butler vor, er hätte in der Debatte am 30. Juli bewußt das Parlament irregeführt, indem er ihm die am 27. Juli erfolgte Unterzeichnung jener Erklärung verschwiege. Britischen Pressemeldungen zufolge ist mit einer zweitägigen Sondersitzung des Unterhauses gegen Mitte September zu rechnen. Eher geht es nicht, da viele der führenden Politiker auf beiden Seiten des Hauses sich auf Auslandsreisen befinden.

Das Bündnissystem des Westblocks dient seit seiner Schöpfung der Erhaltung des Friedens gegenüber der sowjetrussischen Aggressionsdrohung, wie sie sich bei der Vergewaltigung der Tschechoslowakei, bei der Blockade von Berlin und bei dem Angriff in Korea offenbarte. Falls die USA beabsichtigen sollten, etwa den Spieß umzudrehen und alle Versuche, mit den Sowjets zu einer friedlichen Einigung zu kommen, im Keime ersticken will, so kann sie dabei nicht auf das Mitgehen ihrer wichtigsten Verbündeten rechnen, vor allem nicht der Briten und der Staaten des Commonwealth.

+ + +

Weniger Rentenzuschuß als im Kaiserreich

Aufschlußreiche Feststellungen von Professor Schellenberg

Die Bundesregierung steuerte in den letzten vier Jahren prozentual weniger Geld für die Invaliden- und Angestelltenrenten bei, als es das Kaiserreich oder die Weimarer Republik tat. Diese Feststellung traf der Direktor des Instituts für Sozial- und Versicherungswesen in Berlin und sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Ernst Schellenberg in Rentner-Versammlungen, die in Schleswig-Holstein stattfanden. Schellenberg erklärte u.a.:

1. Im Bundesetat für 1953 sind als Zuschüsse für beide Renten 1452 Millionen enthalten. Das sind nur 22 Prozent der Leistungen, die beide Versicherungen ausschütten werden. Die staatlichen Zwangsanleihen, die dem Versicherungsstock in Höhe von 555 Millionen M aufgebürdet wurden, sind dabei berücksichtigt. 1913 leistete der Staat demgegenüber knapp 31 Prozent für beide Renten und 1928 waren es 32 Prozent.

2. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß die Renten während der jetzt zu Ende gehenden Regierungsperiode Dr. Adenauers um 80 Prozent erhöht wurden, wie die CDU- und Regierungspropaganda behauptet. Die Invalidenrenten stiegen in den letzten vier Jahren von 61,30 M auf 78,30 M durchschnittlich im Monat und die Angestelltenrenten von 96,- M auf 121,- M monatlich. Das ist eine Steigerung von nur 28 bzw. 25 Prozent.

3. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, die Bundesrepublik habe ihre Leistungen für soziale Zwecke von 10 auf 18 Milliarden M gesteigert. In diesen 18 Milliarden M sind allein 8 Milliarden enthalten, die

die Versicherten durch ihre eigenen Beiträge aufbringen. In den übrigbleibenden 10 Milliarden M Staatszuschüssen sind außerdem noch 775 Millionen M für den Personenkreis der 13ler enthalten und es ist die Frage, ob dieser Betrag als echte soziale Leistung angesehen werden kann.

4. Die Staatszuschüsse für die Kriegsbeschädigten, Arbeitslosen und Rentner sind vom Jahre 1952 zum Jahre 1953 sogar noch gesunken. Während für diesen Personenkreis im letzten Haushaltsjahr noch 6102 Millionen M ausgegeben wurden, waren es im laufenden Haushaltsjahr nur noch 6033 Millionen, also 70 Millionen M weniger. Auch hier hat die Bundesregierung kein Recht, von einer Erhöhung der staatlichen Sozialzuwendungen zu sprechen.

5. Die Bundesregierung und die rechte Mehrheit im Bundestag hat es abgelehnt, die Angestellten in der britischen Zone bereits mit 60 Jahren in den Genuß des Ruhegeldes kommen zu lassen, wenn sie arbeitslos sind. Sie müssen im Gegensatz zu der Regelung in den anderen Bundesländern bis zum 65. Lebensjahr stempeln und meist Fürsorgeunterstützung beziehen.

6. Auch einen sozialdemokratischen Antrag, den Angestellten annähernd die gleichen Vorteile ihrer Rentenbeitragszahlungen wie den Invalidenrentnern zu gewähren, lehnten Bundestag und Regierung ab. Heute erhält ein Angestellter nach 16jähriger Beitragszahlung auf der Grundlage eines durchschnittlichen Monatsgehalts von 300 M weniger Rente als der Arbeiter unter gleichen Voraussetzungen. Der Grund dafür sind die unterschiedlichen Steigerungsbeträge. Die SPD hatte die Steigerungsbeträge für die Angestellten auf wenigstens ein Prozent heraufsetzen wollen. Die Koalitionsparteien waren dagegen.

7. Das heutige Berechnungssystem der Invaliden- und Angestelltenrenten mit den vielen unzureichenden Kleinstaufbesserungen ist viel zu kompliziert und unübersichtlich. Eine Neuordnung wäre dringend erforderlich. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte die Einsetzung einer neutralen Studienkommission für diesen Zweck beantragt. Die Regierung und ihre Parteien lehnten das ab, da das Bundesarbeitsministerium bereits weitgehend vorgearbeitet habe. Die Koalitionsparteien erzwangen statt dessen einen weisungsgebundenen Beirat des Bundesarbeitsministers, der im Februar 1952 eingesetzt wurde und seitdem nur dreimal ergebnislos tagte, während das Rentenwirrwarr beibehalten wurde.

Das ist das wahre Gesicht der Sozialpolitik der Regierung und ihrer Parteien.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau

Stellungnahme der SPD zur neuen Sowjetnote

Die in der neuen sowjetischen Note entwickelten Gedanken und Vorschläge behandeln eine Reihe von Problemen, die unmöglich durch eine weitere Fortsetzung des Notenwechsels zwischen West und Ost geklärt werden können. stellte der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer am Dienstag in Stuttgart fest. Der nun schon Jahre dauernde Notenwechsel führt zweifellos nicht zu dem von der Mehrzahl der Deutschen gewünschten Ziel der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Er sollte daher abgelöst werden durch die beschleunigte Einberufung einer Viermächtekonferenz, auf der auch der deutsche Standpunkt zur Geltung gebracht werden kann.

Gegenüber den Vorschlägen der Sowjetunion für die Durchführung einer Friedenskonferenz über Deutschland hält die SPD daran fest, so betonte der Oppositionsführer weiter, daß Deutschland an ihr gleichberechtigt und von Beginn an teilnehmen sollte. Eine deutsche Vertretung auf dieser der Viermächtekonferenz folgenden Friedenskonferenz setzt die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung voraus, die aus freien und allgemeinen Wahlen hervorgehen muß. Nur eine auf dieser Basis gebildete, gesamtdeutsche Regierung hat das Recht, Deutschland zu vertreten. Der Vorschlag der Sowjetunion, eine provisorische deutsche Regierung einzusetzen, erscheint der SPD ungeeignet. Direkte Verhandlungen zwischen den vier Mächten, die zu einer Lösung des Deutschlandproblems führen, werden gleichzeitig einen entscheidenden Beitrag zur Entspannung der weltpolitischen Lage leisten.

+ + +